



Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 1372/8

A-6010 Innsbruck, am 2. November 1987

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 151

Sachbearbeiter: Dr. Schwamberger

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie

Mahlerstraße 6
1015 Wien

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

UNION GESETZENTWURF	
Z:	77-GE 9
Datum:	24. NOV. 1987
Verteilt:	30. NOV. 1987 <i>Chelt</i>

S. Müller

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienberatungsförderungsgesetz geändert wird; Stellungnahme

Zu Zahl 22 0102/18-II/2/87 vom 1. Oktober 1987

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienberatungsförderungsgesetz geändert wird, werden keine Einwendungen erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

